

Rheinsberger Zeitung

Ämtliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg

Bezugs-Preis

in unserer Geschäftsstelle sowie bei den Abholstellen und beim Bezüge durch die Post 0,90 Mark. Durch den Briefträger oder durch Boten frei ins Haus gebracht 1,00 Mark.

Für die Schriftleitung verantwortlich
Carl Fehrmann



Druck und Verlag
C. Fehrmanns Buchdruckerei,
Rheinsberg.

Anzeigen

für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend erscheinende Blatt werden mit 0,20 Mark für die 6-spaltige Zeile oder deren Raum berechnet und bis vormittags 10 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten.

Nr. 36

Freisprecher

Sonnabend, den 25. März 1933.

Nummer 37

39. Jahrgang

Hitlers Programm

Rettung von Volk und Staat

Berlin, 24. März.

Zum ersten Male seit langer Zeit, und wahrscheinlich auch zum letzten Male für lange Zeit, nahm der Deutsche Reichstag eine Programmklärung der Reichsregierung entgegen. Haus und Tribünen sind brechend voll. Die nationalsozialistischen Abgeordneten sind sämtlich in der braunen SA-Uniform erschienen, ebenso Reichskanzler Hitler, der beim Betreten des Verhandlungsraums von seiner Fraktion förmlich begrüßt wird. Noch nie ist eine Regierungserklärung vor so vielen Hören abgegeben worden, wie die Programmklärung des Reichskanzlers Hitler, die auf alle deutschen Sender übertragen und die damit vor dem deutschen Volke abgegeben worden ist!

Eröffnet wurde die Sitzung von dem Reichstagspräsidenten Göring mit einer schlichten Wort. Dietrich Eckhardt, des Dichters des Liedes „Deutschland erwache!“, der heute seinen Geburtstag feiert.

Alsdann machte Präsident Göring von der Konstituierung der Reichstagsausschüsse Mitteilung. Die Aenderung der Geschäftsordnung, die danach das Haus beschäftigt, wurde nach kurzer Diskussion gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Staatspartei beschlossen. Abgelehnt wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der die Haftentlassung von zwölf sozialdemokratischen Abgeordneten und die Einstellung der gegen sie schwebenden Strafverfahren fordert.

Dann wandte sich der Reichstag dem zweiten Punkt seiner Tagesordnung zu, der Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung in Verbindung mit der Beratung des Ermächtigungsgesetzes. Lautlose Stille herrscht im Saal, als

Reichskanzler Hitler

das Wort nimmt. Der Kanzler leiht seine Rede mit einem Hinweis auf das dem Hause vorliegende Ermächtigungsgesetz ein und fährt danach in Begründung dieses Gesetzes fort:

Am November 1918 rissen marxistische Organisationen durch eine Revolution die bestehende Gewalt an sich. Die Monarchen wurden entronnt, die Reichs- und Landesbehörden abgelöst und damit die Verfassung gebrochen. Das Gelingen der Revolution in materieller Hinsicht sicherte die Attentäter vor dem Zugriff der Justiz. Die moralische Legitimation suchten sie in der Behauptung, Deutschland bezym. Eine Regierung trage die Schuld am Ausbruch des Krieges. Diese Behauptung war wissenschaftlich und falsch. In der Folge führte aber diese im Interesse unserer damaligen Feinde liegende unwahre Anklage zu schweren Unterdrückungen des gesamten Volkes.

Unter Bruch der uns in den vierzehn Punkten Wilsons gemachten Zusicherungen begann für Deutschland, d. h. für das schaffende deutsche Volk, eine Zeit grenzenloser Unglücks. Unser Volk hat in den vergangenen vierzehn Jahren einen Verfall erlitten, der in seiner Größe kaum vorstellbar ist. Die Frage, was überhaupt Schlimmeres hätte kommen können, ist nicht zu beantworten.

Das deutsche Volk hat sich trotz seiner schweren Beweglichkeit in politischen Empfindungen steigend von den für diese Zustände verantwortlichen Aufstrebenden, Parteien und Verbänden abgewandt. Die Zahl der innerlich auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehenden Deutschen war trotz günstiger Bedingungen und rückwärtsloser Ausübung der Regierungsgewalt am Ende nurmehr ein Bruchteil der gesamten Nation. Die nationalsozialistische Bewegung vermochte infolgedessen immer größere Teile zum Abwehrkampf zu erziehen.

Sie hat mit anderen nationalen Verbänden in wenigen Wochen die seit 1918 herrschenden Mächte beseitigt und in einer Revolution die Gewalt in die Hände der nationalen Regierung gelegt. Am 5. März hat das deutsche Volk diesem Akt seine Zustimmung erteilt.

Das Programm des Wiederaufbaus von Volk und Reich

erzählt sich aus der Größe der Not. Erfüllt von der Ueberzeugung, daß dieser Zusammenbruch seine Ursachen im inneren Zentrum des Volkskörpers hat, ist es das Ziel der Regierung der nationalen Revolution, diejenige Gebrochen aus unserem politischen Leben zu beseitigen, die auch in Zukunft jeden tatsächlichen Wiederaufstieg verhindern.

Die Mobilisierung primitiver Instinkte führt zu einer Verbindung zwischen den Auffassungen einer politischen Idee und den Handlungen wirklicher Verbrecher. Angefangen von Plünderungen, Brandstiftungen, Ehrenbeleidigungen und Attentaten erhält alles in der kommunistischen Idee seine moralische Sanktion.

Allein die Methode des individuellen Massenterrors hat die nationalsozialistische Bewegung im Laufe weniger Jahre über 300 Tote und Zehntausende von Verletzten gefordert.

Die Brandstiftung im Reichstag als mißglückter Versuch einer großangelegten Aktion ist nur ein Zeichen dessen, was Europa von Siegen dieser teuflischen Lehre zu erwarten hätte. Wenn eine bestimmte Presse, besonders außerhalb Deutschlands, heute versucht, entsprechend der durch den Kommunismus zum Prinzip erhobenen politischen Unwahrheit die nationale Erhebung Deutschlands mit dieser Schandtat zu identifizieren, so kann mich das nur in meinem Beschluß bestärken, nichts unversucht zu lassen, um in kürzester Zeit dieses Verbrechen durch die öffentliche Hinrichtung des schuldigen Brandstifters und seiner Komplizen zu sühnen! (Stürm. Handclatschen bei den Reg.-Part.)

Der ganze Umfang der beschriebenen Aktionen dieser Organisation ist weder dem deutschen Volke noch der übrigen Welt genügend zum Bewußtsein gekommen. Nur durch ihr blühendes Aufblühen der Regierung eine Entwicklung verhindert, die bei einem katastrophalen Ausgang ganz Europa erschüttert haben würde.

Es wird die oberste Aufgabe der nationalen Regierung sein, diese Erscheinung im Interesse Deutschlands und des übrigen Europas reiflos auszurufen und zu beseitigen. (Stürmischer Beifall bei den Regierungsparteien.)

Die Regierung wird nicht die Erkenntnis aus dem Auge verlieren, daß es sich dabei nicht um ein negatives Problem handelt, sondern um die Durchführung der positiven Aufgabe der Gewinnung des deutschen Arbeiters für den nationalen Staat. Nur die Herstellung einer wirklichen Volksgemeinschaft, die sich über die Interessen und Gegensätze der Stände und Klassen erhebt, vermag allein auf die Dauer diesen Verirrungen des menschlichen Geistes den Nährboden zu entziehen.

Die Befestigung des Kommunismus in Deutschland ist eine innerdeutsche Angelegenheit.

Das Sinken des Ansehens der Reichsregierung, das sich aus solchen unklaren inneren Verhältnissen ergeben mußte, führe in einzelnen Ländern zu Vorstellungen, die mit der Einheit des Reiches unverträglich sind. Alle Rücksichtnahme auf die Traditionen der Länder kann die bittere Erkenntnis nicht beseitigen, daß das Ausmaß der Zersplitterung des staatlichen Lebens in der Vergangenheit der Welt- und Lebensstellung unseres Volkes wahrhaft abträglich war. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist nicht die Aufgabe einer überlegenen Staatsführung, nachträglich das oranisch Gewachsene einer ziellosen Untertänigung auszuliefern. Es ist aber ihre Pflicht, diese geistige willensmäßige Einheit der Führung der Nation und damit den Reichsgedanken an sich über jeden Zweifel zu erheben.

Die Reichsregierung beabsichtigt nicht, durch Ermächtigungsgesetz die Länder aufzuheben. Wohl aber wird sie diejenigen Maßnahmen treffen, die von nun an und für immer eine Gleichmäßigkeit der politischen Intentionen in Reich und Ländern gewährleisten. Je größer die geistige und willensmäßige Lebenseinstimmung ist, um so weniger Interesse kann für alle Zukunft für das Reich bestehen, das kulturelle und wirtschaftliche Eigenleben der einzelnen Länder zu vergeratigen (erneute Zustimmung).

Vollends unmöglich ist der in letzter Zeit eingerissene Zustand einer gegenseitigen Herabsetzung von Länder- und Reichsregierungen. Ich werde unter keinen Umständen hinnehmen, daß in Zukunft jemals noch Minister deutscher Regierungen vor der Welt in öffentlichen Massensammlungen, ja sogar unter Verwendung des Rundfunks, sich gegenseitig anklagen oder herunterziehen. (Beifall.) Es führt weiter zu einer völligen Entwertung der gesetzgebenden Körperschaften, wenn innerhalb von vier Jahren das Volk an die Wahlurne getrieben wird. Die Reichsregierung wird den Weg finden, der das Ziel erreicht, daß die einmal gegebene Willensäußerung der Nation für Reich und Länder zu einheitlichen Konsequenzen führt. Eine weitergehende Reform des Reiches wird sich nur aus der lebendigen Entwicklung ergeben können.

Neugestaltung der Verfassung

Ihr Ziel muß die Konstruktion einer Verfassung sein, die den Willen des Volkes mit der Autorität einer wirtschaftlichen Führung verbindet. Die gesetzliche Legalisierung einer solchen Verfassungsreform wird dem Volke selbst zugebilligt werden. Die Regierung sieht es als ihre Pflicht an, diejenigen Elemente von der Einflusnahme auf die Gestaltung des Lebens der Nation fernzuhalten, die bewusst dieses Leben negieren. Die Gleichheit vor dem Gesetz kann nicht dazu führen, grundsätzliche Verächter der Gesetze unter Gleichheit zu isolieren, ja die Freiheit der Nation ihnen auszuliefern.

Ueberhaupt soll unsere nächste Aufgabe sein die geistigen Führer dieser Vernichtungsstrebenden zur Verantwortung zu ziehen, die verfallenen Opfer aber zu retten. So sind insbesondere die Millionen deutscher Arbeiter, die diesen Ideen des Wahnsinns und der Selbstvernichtung huldigen, nur die Ergebnisse einer unzerstörlichen Schwärze der früheren Regierungen, die die Verbreitung der Ideen nicht verhindern, deren praktische Verwirklichung sie selbst unter Strafe stellen mußten.

Die Regierung wird sich in der Entschlossenheit, diese Frage zu lösen, von niemand betören lassen. Zeit ist es Sache des Reichstags, seinerseits eine klare Stellung einzunehmen. Am Schicksal des Kommunismus und der sich mit ihm verbrüdernden anderen Organisationen ändert dies nichts. (Beifall.)

Die nationale Regierung trifft ihre Maßnahmen unter keinem anderen Gesichtspunkt als dem, das deutsche Volk und insbesondere die Millionenmalen seiner arbeitenden Menschen vor namenlosem Elend zu bewahren. Sie steht daher die Frage einer monarchistischen Restauration schon aus dem Grunde des Vorhandenseins dieser Zusammenhänge zur Zeit als undisfaktabel an. Sie würde den Versuch einer Lösung des Problems auf eigene Faust in den eigenen Händen als Angriff gegen die Reichseinheit ansehen müssen und demgemäß ihre Verfahren einrichten.

Heroismus statt Verschaulichkeit

Gleichlaufend mit dieser Entgiftung wird die Reichsregierung eine durchgreifende

moralische Sanierung des Volkskörpers

vornehmen. Das gesamte Erziehungsweien, Theater, Film, Literatur, Presse, Rundfunk, sie werden alle Mittel zu diesem Zweck sein und demgemäß gewirkt. Sie haben alle der Erhaltung der im Weien unseres Volkstums lebenden Ewigkeitswerte zu dienen. Die weltbürgerliche Verschaulichkeit ist im raschen Entschwinden begriffen. Der Heroismus erhebt sich leidenschaftlich als kommende Gestalt und Führer positiver Schicksale. Es ist Aufgabe der Kunst, Ausdruck dieses bestimmenden Zeitgeistes zu sein. Blut und Rasse werden wieder zur Quelle der künstlerischen Institution werden. Die Ehrfurcht vor den großen Männern muß der Jugend wieder als heiliges Vermächtnis eingehämmert werden.

Kirche und Staat

Die nationale Regierung sieht in den beiden christlichen Konfessionen die wichtigsten Faktoren zur Erhaltung unseres Volkstums.

Sie wird die zwischen ihnen und den Ländern abgeschlossenen Verträge respektieren. Ihre Rechte sollen nicht angefaßt werden. Sie erwartet aber und hofft, daß die Arbeit an der nationalen und sittlichen Erneuerung unseres Volkes umgekehrt die gleiche Würdigung erfährt.

Sie wird allen anderen Konfessionen in objektiver Gerechtigkeit gegenüberstehen. Die Sorge der Regierung gilt dem aufrichtigen Zusammenleben zwischen Kirche und Staat: Der Kampf gegen die materialistische Weltanschauung dient ebenso den Interessen der Nation wie dem Wohl unseres christlichen Glaubens.

Barbarische

Bekämpfung des Landesberrats

Unter Reichsmehlen muß in erster Linie der Erhaltung dieser Volksgemeinschaft dienen. Der Unabgbarkeit der Richter muß eine Glanzzeit der Urteilsfindung zum Zwecke der Gesellschaft entsprechen. Nicht das Individuum kann Mittelpunkt der gesetzlichen Sorge sein, sondern das Volk. Landes- und Volkserrat sollen künftig mit barbarischer Rücksichtslosigkeit ausgetilgt werden. (Lebh. Beifall b. d. Nat.-Soz., den Deutschnationalen und auf den Tribünen.) Der Boden der Existenz der Justiz kann kein anderer sein als der Boden der Existenz der Nation. Möge diese daher auch stets die Schwere der Entscheidungen derer berücksichtigen, die unter dem harten Zwang der Wirklichkeit das Leben der Nation verantwortlich zu gestalten haben.

Groß sind die Wirtschaftsaufgaben. Das Volk lebt nicht für die Wirtschaft und die Wirtschaft existiert nicht für das Kapital, sondern das Kapital dient der Wirtschaft und die Wirtschaft dem Volk.

Grundsätzlich wird die Regierung die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen des deutschen Volkes nicht über den Umweg einer staatlich zu organisierenden Wirtschaftsbürokratie betreiben, sondern durch die stärkste Förderung der Privatinitiative und durch die Anerkennung des Eigentums.

Die Verwaltung soll die Ergebnisse der Fähigkeit, des Fleißes und der Arbeit durch Spararbeit respektieren. Auch das Problem unserer öffentlichen Finanzen ist nicht zuletzt das Problem einer sparsamen Verwaltung.

Reform des Steuerwesens

Die in Aussicht genommene Reform unseres Steuerwesens muß zu einer Vereinfachung der Veranlagung und damit zu einer Verminderung der Kosten und der Lasten führen. Grundsätzlich soll die Steuerlast an den Strom und nicht an den Quellen gebaut werden. Im Zuge dieser Maßnahmen muß eine Verminderung der Lasten durch Vereinfachung der Verwaltung eintreten. Diese im Reich und in den Ländern durchzuführende Reform des Steuerwesens ist aber nicht eine Frage des Augenblicks, sondern einer nach den Erfordernissen zu bemessenden Zeit. Währungsexperimente wird die Regierung grundsätzlich vermeiden.